



Extreme Agrarinitiativen gefährden die Schweizer Lebensmittelproduktion

Am 13. Juni entscheidet die Schweizer Stimmbevölkerung gleich über zwei Initiativen, die sich mit radikalen Forderungen gegen den Einsatz von Pestiziden wenden. Im neusten Dossierpolitik zeigt economiesuisse auf, warum beide Vorlagen die lokale, landwirtschaftliche Produktion von Lebensmitteln massiv beeinträchtigen und zu einem Preisanstieg führen würden.

Der gezielte Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Bioziden (zur Reinigung und Desinfektion) ist für die Produktion einheimischer Nahrungsmittel oft unvermeidbar. Nur so können hohe Erträge, gute Qualität und einwandfreie Lagerung auf Dauer sichergestellt werden. Da diese Mittel bei unsachgemässer Anwendung die Umwelt belasten, wollen nun gleich zwei Initiativen ihre Verwendung massiv einschränken (Trinkwasserinitiative) oder gar komplett verbieten (Pestizidverbotsinitiative).

Bereits heute strenge Zulassungskriterien

Vor allem die Forderungen der Pestizidverbotsinitiative sind weitreichend: In der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung von Agrargütern und in der Landschafts- und Bodenpflege soll der Pestizideinsatz ganz verboten werden. Ausserdem dürften in der Schweiz keine Lebensmittel mehr in den Verkauf gelangen, die andernorts unter Verwendung synthetischer Pestizide hergestellt worden sind.

Generell gelten in der Schweiz bereits heute sehr strikte Zulassungskriterien für Pestizide. Es gibt zudem kaum andere Chemikalien, deren Wirkung derart gut untersucht und überwacht wird. Der Einsatz dieser Stoffe ist seit Jahren rückläufig und entsprechende Bestrebungen, insbesondere zum Schutz des Grundwassers, werden weiter vorangetrieben.

Sinkende Qualität, steigende Preise

Die beiden extremen Agrarinitiativen würden zu Qualitätseinbussen und deutlich geringeren Erträgen in der Schweizer Agrarproduktion führen. Höhere Lebensmittelpreise in der Schweiz wären die Folge, was wiederum den Einkaufstourismus ankurbelt. Sie gefährden damit die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Produzenten und damit auch Arbeitsplätze in der Lebensmittelindustrie. *economiesuisse* lehnt sowohl die Pestizidverbots- wie auch die Trinkwasserinitiative klar ab. Im heute publizierten Dossierpolitik werden die beiden Vorlagen genauer analysiert.

[Zum Dossierpolitik](#)